

Zusammenfassende Erklärung gem. § 6a BauGB

zur Flächennutzungsplanänderung 12a

in der Samtgemeinde Herzlake

Gemäß § 6a BauGB ist dem Flächennutzungsplan eine zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in der Flächennutzungsplanänderung berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, beizufügen.

Berücksichtigung der Umweltbelange (Umweltbericht)

Wie aus den vorhandenen Untersuchungen zum Plangebiet bereits deutlich geworden ist, bedeutet die Inanspruchnahme des Plangebietes zum Zwecke der Nutzung als Wohnbaufläche, als Straßenverkehrsfläche und als Grünfläche grundsätzlich einen vertretbaren Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild.

Auch die Untersuchungen im Rahmen der Umweltprüfung für die vorliegende Flächennutzungsplanänderung bestätigen diese Bewertung.

Hierzu gehört auch eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung. Diese konstatiert eine Verträglichkeit unter Einhaltung der definierten Maßnahmen mit dem Artenschutz (spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) Änderung des Flächennutzungsplan Nr. 12a Samtgemeinde Herzlake, regionalplan & uvp peter stelzer GmbH).

Darin werden artentsprechende Maßnahmen getroffen, die zu berücksichtigen sind.

Zur Beurteilung der Planung aus der Sicht von Natur und Landschaft wurde eine naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung erarbeitet, die auf den Landschaftsrahmenplan und eine flächendeckende Biotoptypenkartierung zurückgreift und sich in der Bilanzierung auf die „Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“ des niedersächsischen Städtetages {Niedersächsischer Städtetag (Hrsg.), 1996} beruft.

Im Rahmen des FNP-Änderungsverfahrens wurden die voraussichtlichen Umweltbelange dann im Umweltbericht beschrieben und bewertet. Der Umweltbericht war somit Gegenstand der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der abschließenden gerechten Abwägung.

Zusammenfassend war festzustellen, dass unter Berücksichtigung von Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen durch die Planung zu erwarten sind. Die Ergebnisse der Umweltprüfung wurden in der Abwägung berücksichtigt.

Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB fand die Unterrichtung über die voraussichtlichen Auswirkungen des Planes durch die öffentliche Auslegung vom 12.04.2021 bis 14.05.2021 im Rathaus der Samtgemeinde Herzlake statt.

In diesem Rahmen gingen keine Stellungnahmen ein.

Frühzeitige Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB und benachbarter Gemeinden

Die frühzeitige Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 12.04.2021 eingeleitet. Mit dem Schreiben wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt wird, gemäß § 4 Abs. 1 auch zur Äußerung im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 aufgefordert.

Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie verwies auf die fachgerechte Berücksichtigung des Schutzguts Boden in dem beizubringendem Umweltbericht.

Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB (öffentliche Auslegung)

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wurde die Flächennutzungsplanänderung mit Begründung und Umweltbericht der Öffentlichkeit in der Zeit vom 27.07.2021 bis 27.08.2021 vorgestellt. In diesem Rahmen ging eine Stellungnahme des SPD Samtgemeindeverbandes ein.

Hier wurden Hinweise zur Anbindung der Haselünner Straße an die E233 und zur Festlegung von Lärmmessungen nach dem Ausbau der E233 gegeben.

Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden/TÖB und benachbarter Gemeinden gem. § 4 Abs. 2 BauGB wurde die Flächennutzungsplanänderung mit Begründung und Umweltbericht den Trägern öffentlicher Belange mit Schreiben vom 05.07.2021 übersandt und Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Auch im Rahmen der öffentlichen Auslegung wurden von den betroffenen Behörden keine gravierenden Anregungen und Bedenken geäußert. Die geäußerten Anregungen betrafen in erster Linie fachliche und redaktionelle Hinweise, die im Wesentlichen ergänzend ausgeführt wurden. Wesentliche Änderungen im Planteil und in der Begründung wurden nicht vorgenommen.

Zusätzlich zu berücksichtigende Stellungnahmen in Bezug auf die Thematik „Umwelt“ sind nicht eingereicht worden.

Berücksichtigung der geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten

Die Flächennutzungsplanänderung beansprucht in der Ortslage Herzlake eine siedlungsnahen Fläche mit einer günstigen örtlichen und überörtlichen Anbindung an den Individualverkehr. Andere Flächen in nennenswerter Größenordnung stehen in der Ortslage Herzlake nicht zur Verfügung.

Die bestehende Bebauung im Umfeld wird maßvoll an einem vorhandenen Standort weiterentwickelt.

Beurteilung der Umweltbelange

Nach Festlegung des Untersuchungsraumes wurden im Rahmen der Umweltprüfung folgende Fachgutachten erstellt.

Natur und Landschaft:

- Zur Beurteilung der Planung aus der Sicht von Natur und Landschaft wurde ein Fachbeitrag zur naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung erarbeitet, die auf eine flächendeckende Biotoptypenkartierung zurückgreift und sich in der Bilanzierung auf die „Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen“ des niedersächsischen Städtetages [Niedersächsischer Städtetag (Hrsg.)] beruft.
- Zur Beurteilung des Artenschutzes wurde eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) erarbeitet.

Als voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen im Sinne des § 2 Abs. 4 BauGB wurden der Verlust von Boden und Bodenfunktionen durch Versiegelung, der erhöhte Oberflächenwasserabfluss und eine verringerte Grundwasserneubildungsrate sowie die Änderung der Lebensräume für Tiere und Pflanzen ermittelt.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass unter Berücksichtigung der im Umweltbericht aufgeführten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der erheblichen Umweltauswirkungen durch die Änderung des Flächennutzungsplanes keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Herzlake, den 07.10.2021

Samtgemeinde Herzlake

Der Samtgemeindebürgermeister

gez. Pleus